

**Vertrag über die Auftragsdatenverarbeitung
gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO**

zwischen

der Stralsunder Werkstätten gemeinnützige GmbH, Albert-Schweitzer-Str. 1, 18437
Stralsund,

– nachfolgend „Auftraggeber“ oder „Verantwortlicher“ genannt –

und

– nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „Auftragsverarbeiter“ genannt –

– Auftraggeber und Auftragnehmer einzeln auch „Vertragspartei“
und gemeinsam „Vertragsparteien“ genannt –

Präambel

Dieser Vertrag über die Auftragsverarbeitung (nachfolgend auch nur „Vertrag“ genannt) regelt – ergänzend – die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien, die sich aus dem zwischen den Vertragsparteien zugleich geschlossenen Vertrag über Leistungen der Personensonderbeförderung (Straße) über die Beförderung von erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen und mehrfachen Behinderungen (nachfolgend auch als „Auftrag“ bezeichnet) ergeben. Sämtliche im Vertrag genannten Verpflichtungen finden Anwendung auf alle Tätigkeiten, die mit dem Auftrag in Zusammenhang stehen und bei denen Beschäftigte des Auftragnehmers oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte in Ausführung oder anlässlich des Auftrages mit personenbezogenen Daten in Berührung kommen.

I. Gegenstand und Dauer der Vereinbarung

1. Gegenstand des Auftrags

Der Auftrag beinhaltet die fachgerechte und vorschriftsgemäße Beförderung von vorher benannten erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen und mehrfachen Behinderungen von ihren jeweiligen Wohnorten zu den verschiedenen Standorten des Auftraggebers und nach Beendigung der Beschäftigung bzw. Betreuung wieder zurück zu ihren Wohnorten. Der Auftragsverarbeiter verarbeitet dabei personenbezogene Daten für den Verantwortlichen im Sinne von Art. 4 Nr. 2 und Art. 28 DSGVO auf Grundlage dieses Vertrages.

Die mit der Erfüllung des Auftrags verbundene Verarbeitung personenbezogener Daten wird ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht. Jede vollständige oder teilweise Verlagerung der Datenverarbeitung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Verantwortlichen und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

2. Dauer des Vertrags

Der Vertrag beginnt und endet jeweils zugleich mit dem Auftrag.

Der Verantwortliche kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieses Vertrages vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar.

II. Art und Zweck der Verarbeitung, Art der personenbezogenen Daten sowie Kategorien betroffener Personen:

1. Art der Verarbeitung

(entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 2 DSGVO):

Die Art der Verarbeitung ergibt sich aus dem Auftrag und beinhaltet insbesondere die Speicherung der vom Verantwortlichen, von den Betroffenen selbst oder von Dritten übermittelten personenbezogenen Daten der Betroffenen, deren Verwendung für die Entwicklung der Fahrtrouten (Ziff. 1.2.1 der Leistungsbeschreibung für den Auftrag), die Erhebung personenbezogener Daten während der Beförderung und die Übermittlung sämtlicher erhobener personenbezogener Daten an den Verantwortlichen, soweit sie nicht unmittelbar wieder gelöscht werden.

2. Art der personenbezogenen Daten

(entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1 und 15 DSGVO):

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet

- Identifikationsdaten der betroffenen Personen, insbesondere Name und Wohnort, ggf. Geburtsdatum, Telekommunikationsdaten,
- Verwandtschaftsverhältnisse bzw. Betreuungsverhältnisse zwischen zu befördernden Personen und dritten Ansprechpersonen außerhalb des Verantwortlichen,
- Informationen über die Betreuung und/oder Beschäftigung der betroffenen Personen in Einrichtungen des Auftraggebers, einschließlich der jeweiligen Arbeits- oder Betreuungstage und Betreuungszeiten,

sowie

- Gesundheitsdaten der betroffenen Personen, deren Verarbeitung für die betriebssichere, hygienische, gewaltfreie und den besonderen Bedürfnissen der betroffenen Personen angepasste Erbringung der Beförderungsleistungen erforderlich ist.

3. Kategorien betroffener Personen **(entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1 DSGVO):**

Betroffene Personen sind

- nach dem Auftrag zu befördernde Personen,
- Ansprechpersonen der zu Befördernden außerhalb des Verantwortlichen sowie
- bei dem bzw. für den Verantwortlichen tätige Ansprechpersonen.

III. Rechte und Pflichten sowie Weisungsbefugnisse des Verantwortlichen

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 DSGVO sowie für die Wahrung der Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DSGVO ist allein der Verantwortliche verantwortlich. Gleichwohl ist der Auftragsverarbeiter verpflichtet, alle solche Anfragen, sofern sie erkennbar auch an den Verantwortlichen gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiterzuleiten.

Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und Verfahrensänderungen sind gemeinsam zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.

Der Verantwortliche erteilt alle Aufträge, Teilaufträge und Weisungen in der Regel schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Der Verantwortliche ist berechtigt, sich vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig in angemessener Weise von der Einhaltung der beim Auftragsverarbeiter getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie der in diesem Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu überzeugen.

Der Verantwortliche informiert den Auftragsverarbeiter unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten in der Verarbeitung personenbezogener Daten feststellt.

Der Verantwortliche ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragsverarbeiters vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieses Vertrages bestehen.

IV. Weisungsberechtigte des Verantwortlichen, Weisungsempfänger des Auftragsverarbeiters

Weisungsberechtigte Personen des Verantwortlichen sind:

[noch ausfüllen: Name, Vorname, Organisationseinheit, Telefon, ...]

Weisungsempfänger des Auftragsverarbeiters sind:

(Name, Vorname, ggf. Organisationseinheit, ggf. individuelle Kommunikationsdaten)

Für Weisungen zu nutzende Kommunikationskanäle:

- Postanschrift des Auftragsverarbeiters:

- Telefonnummer des Auftragsverarbeiters:

- Hotline gemäß Ziff. 1.4.2 der Leistungsbeschreibung:

- ggf. Telefax des Auftragsverarbeiters: _____
- E-Mail des Auftragsverarbeiters: _____

Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der jeweiligen Ansprechpartner sind dem Vertragspartner unverzüglich und grundsätzlich schriftlich oder elektronisch die Nachfolger bzw. die Vertreter mitzuteilen. Die Weisungen sind für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

V. Pflichten des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Verantwortlichen, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a) DSGVO).

Der Auftragsverarbeiter verwendet die zur Verarbeitung überlassenen personenbezogenen Daten für keine anderen, insbesondere nicht für eigene Zwecke. Kopien oder Duplikate der personenbezogenen Daten werden ohne Wissen des Verantwortlichen nicht erstellt.

Der Auftragsverarbeiter sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert zu, dass die für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden.

Bei der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12 bis 22 DSGVO durch den Verantwortlichen, an der Erstellung der Verzeichnisse von Verarbeitungstätigkeiten sowie bei erforderlichen Datenschutz-Folgeabschätzungen des Verantwortlichen hat der Auftragsverarbeiter im notwendigen Umfang mitzuwirken und den Verantwortlichen soweit möglich angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. e) und f) DSGVO). Er hat die dazu erforderlichen Angaben dem Verantwortlichen unverzüglich an eine weisungsberechtigte Person gemäß Ziff. IV. weiterzuleiten.

Der Auftragsverarbeiter wird den Verantwortlichen unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Verantwortlichen erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Verantwortlichen beim Verantwortlichen nach Überprüfung bestätigt oder geändert wird.

Der Auftragsverarbeiter hat personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche dies mittels einer Weisung verlangt und berechtigte Interessen des Auftragsverarbeiters dem nicht entgegenstehen.

Unabhängig davon hat der Auftragsverarbeiter personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Weisung des Verantwortlichen ein berechtigter Anspruch des Betroffenen aus Art. 16, 17 und 18 DSGVO zugrunde liegt.

Auskünfte über personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis an Dritte oder den Betroffenen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung oder Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen.

Der Auftragsverarbeiter erklärt sich damit einverstanden, dass der Verantwortliche – grundsätzlich nach Terminvereinbarung – berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen im angemessenen und erforderlichen Umfang selbst oder durch vom Verantwortlichen beauftragte Dritte zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme sowie durch Überprüfungen und Inspektionen vor Ort (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. h) DSGVO).

Der Verantwortliche kann die Einhaltung eines genehmigten Zertifizierungsverfahrens gem. Art. 42 DSGVO durch den Auftragsverarbeiter als Faktor heranziehen, um die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen zu beurteilen. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, dass er, soweit erforderlich, bei diesen Kontrollen unterstützend mitwirkt.

Die Verarbeitung von Daten in Privatwohnungen (Tele- bzw. Heimarbeit von Beschäftigten des Auftragsverarbeiters sowie Verarbeitung auf privaten mobilen Endgeräten) ist nur mit Zustimmung des Verantwortlichen gestattet. Soweit die Daten in einer Privatwohnung verarbeitet werden, ist vorher der Zugang zur Wohnung des Beschäftigten für Kontrollzwecke des Auftraggebers vertraglich sicher zu stellen. Die Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO sind auch in diesem Fall sicherzustellen.

Der Auftragsverarbeiter bestätigt, dass ihm die für die Auftragsverarbeitung einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften der DSGVO bekannt sind. Er verpflichtet sich, soweit ihm dem unterfallende personenbezogene Daten bekannt werden, auch das Sozialgeheimnis der betroffenen Personen zu wahren, soweit dies dem Verantwortlichen obliegt.

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Verantwortlichen die Vertraulichkeit zu wahren. Diese besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Der Auftragsverarbeiter sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b) und Art. 29 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Betrieb.

- ☐ Beim Auftragsverarbeiter ist als Beauftragte(r) für den Datenschutz

(Name, Vorname, ggf. Organisationseinheit, Telefon, E-Mail)

bestellt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Verantwortlichen unverzüglich mitzuteilen.

oder:

- Ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter ist beim Auftragsverarbeiter nicht bestellt, da die gesetzliche Notwendigkeit für eine Bestellung nicht vorliegt.

VI. Mitteilungspflichten des Auftragsverarbeiters bei Störungen der Verarbeitung und bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten

Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen unverzüglich Störungen, Verstöße des Auftragsverarbeiters oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf eventuelle Melde- und Benachrichtigungspflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. f) DSGVO). Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gem. Ziff. 4 dieses Vertrages durchführen.

VII. Unterauftragsverhältnisse mit Nachunternehmern (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. d) DSGVO)

1. Allgemeine Nachunternehmer

Die Beauftragung von Nachunternehmern zur Verarbeitung von Daten des Verantwortlichen ist dem Auftragsverarbeiter nur mit vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen gestattet, Art. 28 Abs. 2 DSGVO, die nur zusammen mit der Zustimmung gemäß Ziff. 3.4 der Leistungsbeschreibung des Auftrags erteilt wird. Die Zustimmung kann nur erteilt werden, wenn der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen Namen und Anschrift sowie die vorgesehene Tätigkeit des Nachunternehmers mitteilt. Außerdem muss der Auftragsverarbeiter dafür Sorge tragen, dass er den Nachunternehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von diesem getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DSGVO sorgfältig auswählt. Die relevanten Prüfunterlagen dazu sind dem Verantwortlichen auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

Eine Beauftragung von Nachunternehmern aus Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

Der Auftragsverarbeiter hat vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter auch gegenüber Nachunternehmern gelten. In dem Vertrag mit dem Nachunternehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten des Auftragsverarbeiters und des Nachunternehmers deutlich voneinander abgegrenzt werden. Werden mehrere Nachunternehmer eingesetzt, so gilt dies auch für die Verantwortlichkeiten zwischen diesen Nachunternehmern. Insbesondere muss der Verantwortliche berechtigt sein, im Bedarfsfall angemessene Überprüfungen und Inspektionen, auch vor Ort, bei Nachunternehmern durchzuführen oder durch von ihm beauftragte Dritte durchführen zu lassen.

Der Vertrag mit dem Nachunternehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann (Art. 28 Abs. 4 und Abs. 9 DSGVO).

Die Weiterleitung von Daten an den Nachunternehmer ist erst zulässig, wenn der Nachunternehmer die Verpflichtungen nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DSGVO bezüglich seiner Beschäftigten erfüllt hat.

Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen dafür, dass der Nachunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragsverarbeiter im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt vertraglich auferlegt wurden.

Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen vorab über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger Subunternehmer, wodurch der Verantwortliche die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben (Art. 28 Abs. 2 Satz 2 DSGVO).

2. Inanspruchnahme digitaler Dienstleistungen

Soweit der Auftragsverarbeiter für seine Datenverarbeitung marktgängige digitale Hilfsdienstleistungen (externe Datensicherungs- und Clouddienste, technische Wartung seiner eigenen IT-Infrastruktur, ortsfeste und mobile Kommunikationseinrichtungen o.ä.) in Anspruch nimmt,

deren Gegenstand nicht die mit dem Auftrag übertragene Planung und Durchführung von Fahrtrouten als solche ist, ist der Auftragsverarbeiter abweichend von Ziff. 1. verpflichtet,

- in Anspruch genommene Dienstleister unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von diesen getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DSGVO sorgfältig auszuwählen,
- sich seinerseits sämtliche gemäß Art. 28 DSGVO erforderlichen und angemessenen Rechte eines Verantwortlichen gegenüber dem Dienstleister einräumen zu lassen und
- diese Rechte gemäß Art. 28 Abs. 4 DSGVO so auszuüben, dass damit zugleich die Einhaltung dieses Vertrags sichergestellt ist.

VIII. Technische und organisatorische Maßnahmen (insbesondere Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. c) und e) DSGVO)

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen (TOMs) zu treffen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Hierbei werden die Schutzziele von Art. 32 Abs. 1 DSGVO, wie Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Systeme und Dienste sowie deren Belastbarkeit in Bezug auf Art, Umfang, Umstände und Zweck der Verarbeitungen derart berücksichtigt, dass durch geeignete technische und organisatorische Abhilfemaßnahmen das Risiko auf Dauer eingedämmt wird.

Der Verantwortliche kann jederzeit eine aktuelle Beschreibung der vom Auftragsverarbeiter getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen bei dessen Datenschutzbeauftragten anfordern.

Die vom Auftragsverarbeiter getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen entsprechen dem Stand der Technik und werden der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst. Der Auftragsverarbeiter hat regelmäßige, risikoorientierte sowie anlassbezogene, eigene Überprüfungen, Bewertungen und Evaluierungen der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung durchzuführen (Art. 32 Abs. 1 lit. d) DSGVO).

Soweit die beim Auftragsverarbeiter getroffenen Maßnahmen den datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht genügen, benachrichtigt er den Verantwortlichen unverzüglich.

IX. Verpflichtungen des Auftragsverarbeiters nach Beendigung des Auftrags gemäß Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. g) DSGVO

Nach Beendigung des Auftrags hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz sowie an Nachunternehmer gelangten Daten, Unterlagen und erstellte Verarbeitungs- oder Nutzungsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, nach Abstimmung mit dem Verantwortlichen im Einzelfall dem Verantwortlichen auszuhändigen oder datenschutzgerecht zu löschen bzw. zu vernichten/vernichten zu lassen. Die Löschung bzw. Vernichtung ist dem Verantwortlichen mit Datumsangabe schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Der Verantwortliche hat aus diesem Vertrag keinen Anspruch auf Herausgabe der vom Auftragnehmer entworfenen Fahrtrouten. Soweit diese Fahrtrouten eine besondere Leistung des Auftragnehmers darstellen, gelten die Bestimmungen des Auftrags. Wenn Fahrtrouten nach Beendigung des Auftrags nicht übergeben werden, sind sie datenschutzgerecht zu löschen.

X. Vergütung

Eine gesonderte Vergütung für die Auftragsdatenverarbeitung wird nicht geleistet.

XI. Haftung

Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art. 82 DSGVO getroffenen Regelung. Der Auftragsverarbeiter stimmt eine etwaige Erfüllung von Haftungsansprüchen jeweils vorab mit dem Verantwortlichen ab.

Der Auftragsverarbeiter stellt den Verantwortlichen von sämtlichen Ansprüchen frei, die betroffene Personen gegen den Verantwortlichen wegen der Verletzung einer dem Auftragsverarbeiter durch die DSGVO auferlegten Pflicht oder wegen der Nichtbeachtung oder Verletzung einer in diesem Vertrag festgelegten Pflicht oder einer vom Verantwortlichen gesondert erteilten Weisung geltend machen.

Die Vertragsparteien stellen sich jeweils gegenseitig von der Haftung frei, wenn und soweit eine Vertragspartei nachweist, dass sie in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den Schaden bei einer betroffenen Person eingetreten ist, verantwortlich ist. Im Übrigen gilt Art. 82 Abs. 5 DSGVO.

Die vorstehenden Haftungsregelungen gelten abweichend von den Haftungsregelungen in Ziff. 4. des Auftrags. Im Übrigen richtet sich die Haftung nach den Regelungen des Auftrags.

XII. Sonstiges

Vereinbarungen zu den technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie Kontroll- und Prüfungsunterlagen (auch zu Subunternehmen) sind von beiden Vertragsparteien für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

Sollte die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten des Verantwortlichen beim Auftragsverarbeiter durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich zu verständigen.

Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und etwaiger zugehöriger Datenträger ausgeschlossen.

Sollten einzelne Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Stralsund, Datum:

Verantwortlicher

Auftragsverarbeiter